

neuköllnisch

Herbst 2022
Linkes Informations-
und Diskussionsblatt

→ die-linke-neukoelln.de



Wir frieren nicht für eure Profite!

Die Krise spitzt sich zu. Die Preise für Energie und Lebensmittel erreichen immer neue Rekorde. Doch die Bundesregierung entlastet vor allem Reiche und Unternehmen. Viele Menschen stoßen an ihre Grenzen. Genug ist genug!

Interview

»Die Wirtschaft muss
den Menschen dienen«

Erinnerung

Christian Ströbele
ist gestorben

DIE LINKE.
Bezirksverband Neukölln

Neuwahlen im Frühjahr wahrscheinlich

Nach dem Chaos bei den Wahlen im September 2021 hat das Berliner Verfassungsgericht angekündigt, dass der Wahlgang wohl wiederholt werden muss. Das ist eine heftige Ohrfeige für die verantwortlichen Stellen in der Verwaltung des damaligen Innensenators Andreas Geisel (SPD). Viele Kandidat:innen haben inzwischen andere Verpflichtungen und treten gar nicht mehr ernsthaft an. Manche Liste für die BVV-Wahlen gibt es gar nicht mehr. Dennoch werden die Wahlzettel nicht geändert. Die Neuköllner LINKE zeigt sich trotzdem optimistisch: »Wir haben die besten Kandidat:innen, das beste Programm und eine starke Mitgliedschaft, die einsatzbereit und motiviert ist«, erklärt der Sprecher des Bezirksverbands Ruben Lehnert. ◀

Impressum

Neuköllnisch, Ausgabe 3/2022 (Herbst 2022)

Neuköllnisch wird herausgegeben von
DIE LINKE Landesverband Berlin,
Kleine Alexanderstr 28, 10178 Berlin.

Auflage der Ausgabe: 3.500

V.i.S.d.P.: Jorinde Schulz

Redaktion: Georg Frankl, Barbara Heinrich,
Daniel Kipka-Anton, Hans Krause, Isabell Rudek,
Jorinde Schulz. Gestaltung: Georg Frankl

Titelfoto: Dimitri / DIE LINKE Neukölln

Kontaktadresse: DIE LINKE Neukölln, Wipperstr. 6,
12055 Berlin, Tel/Fax: (030) 613 59 19
neukoellnisch@lists.posteo.de

Redaktionsschluss: 10.10.2022

Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Ansicht
des Herausgebers entsprechen.

Neuköllnisch ist auf Recyclingpapier gedruckt.



Solidarischer Herbst hat begonnen

Rund 26.000 Menschen beteiligten sich am 22. Oktober bundesweit an den Demonstrationen des Bündnisses »Solidarischer Herbst«. Im Bündnis mit Gewerkschaften, Fridays for Future und vielen anderen Verbänden und Initiativen waren auch zahlreiche Genoss:innen der LINKEN mit dabei. Eine besonders kämpferische Rede hielt ein Mitarbeiter der Berliner Stadtreinigung (BSR): »Der Staat hat an Corona verdient, als alles teurer geworden ist, wegen der Mehrwertsteuer. Große

Rüstungskonzerne schaufeln sich mit dem Krieg jetzt die Taschen voll. Und wir müssen die Zeche zahlen. Das kann doch wohl nicht wahr sein!«

Das Bündnis fordert die Entlastung von Geringverdienenden, eine gerechtere Steuerpolitik und besseren Klimaschutz. Die Regierung dürfe Soziales und Ökologisches nicht gegeneinander ausspielen. Weitere Aktivitäten für Herbst und Winter sind in Vorbereitung. DIE LINKE ruft auf zu breiter Beteiligung. ◀



LINKE kämpft für Vergesellschaftung

DIE LINKE unterstützt als einzige der Berliner Parteien von Anfang an offensiv das Volksbegehren »Deutsche Wohnen und Co enteignen!«. Die Partei arbeitet aktiv im Bündnis mit und hat mit 32.662 gesammelten Unterschriften zum Erfolg des Volksbegehrens beigetragen. 59,1 Prozent der Berliner:innen haben am 26. September 2021 für den Volksentscheid »Deutsche Wohnen & Co enteignen!« gestimmt und damit dem Berliner Senat einen klaren Handlungsauftrag erteilt. Trotz des großen Erfolgs und vieler überzeugender Argumente ist der Widerstand nicht nur in der Immobilien-Lobby, sondern auch in den anderen Berliner Regierungsparteien SPD und Grüne weiter groß. DIE LINKE setzt sich deshalb noch stärker dafür ein, dass der Volksentscheid auch umgesetzt wird. ◀



Hausprojekt »Brauni« von Räumung bedroht

Seit über 13 Jahren schon besteht das Hausprojekt »Brauni« in der Braunschweiger Straße nahe dem S-Bahnhof Neukölln. Die ersten Bewohner:innen hatten das ehemalige Industriegebäude selbst renoviert und bewohnbar gemacht. Es bietet nicht nur Wohnraum für über 50 Personen, sondern auch Räumlichkeiten für Sportgruppen, politische Initiativen und eine Wohnungslosen-Initiative. Regelmäßig gibt es »Küche für alle« und auch kulturelle Veranstaltungen finden dort statt. Nun hat die Eigentümerfirma MatX Räumungsklage gegen die Bewohner:innen eingereicht. Grund sind Unklarheiten in dem veralteten Mietvertrag. Die Betroffenen sind entsetzt und wollen sich wehren. Wenn Räume wie die Brauni verloren gehen, wird der Kiez ärmer und trostloser. ◀



Nächste Runde im Kampf um den Hermannplatz

Seit über drei Jahren wehren sich Anwohner:innen und Initiativen aus den Kiezen rund um den Hermannplatz gegen die Pläne von Signa. Das Unternehmen des Skandal-Milliardärs René Benko will einen gigantischen Konsumtempel errichten, wo bislang Karstadt steht. Der ganze Hermannplatz soll konsumfreundlich umgestaltet werden. Dagegen macht insbesondere die »Initiative Hermannplatz« mobil. Signa gibt zu, dass die Baustelle am Hermannplatz zu erheblichen Einschränkungen führen würde. Der Markt wird auf Jahre nicht stattfinden können. DIE LINKE, Neukölln fordert vom Senat, die Pläne von Signa zu durchkreuzen und den Hermannplatz entlang der Bedürfnisse der Anwohner:innen zu gestalten. ◀

Joachim Haske



Probleme mit Reinigung am Klinikum Neukölln

Bild: DIE LINKE, Neukölln

Im Vivantes-Klinikum Neukölln herrscht seit Wochen eine katastrophale Reinigungs- sowie Personalsituation. Nachdem zahlreiche Beschäftigte beim Tochterunternehmen Vivaclean gekündigt haben, ist die Arbeitsbelastung für die übrigen Reinigungskräfte nicht mehr tragbar. Viele Kolleg:innen haben sich krank gemeldet. Eine Ursache für den Ärger: Vivantes legt den im letzten Jahr abgeschlossenen Tarifvertrag zum Nachteil der Reinigungskräfte aus und verwehrt ihnen bessere Bezahlung. Auf manchen Stationen sei zwei Wochen lang nicht gewischt worden, berichten Mitarbeiter:innen. Pflegekräfte wurden sogar gebeten, Reinigungsarbeiten zu übernehmen, obwohl sie selbst stark ausgelastet sind. In einer Protestaktion wurden Müllsäcke vor einem Verwaltungsgebäude gestapelt. ◀

Aus dem Neuköllner Rathaus

Trotz Preisexplosion »Business as usual« im Sozialamt

Die Linksfraktion hat in der BVV-Sitzung am 24. August nachgefragt, welche Vorkehrungen das Bezirksamt angesichts der Preisexplosion bei Gas und Strom und der zu erwarteten Folgen für die Neuköllner:innen trifft. Sozialstadtrat Falco Liecke (CDU) erklärte, dass die Heizkosten bei Hartz IV in der Regel vollständig vom Jobcenter übernommen werden. Auch Erwerbstätige, die bislang keine Leistungen bezogen haben, können Zuschüsse beantragen (siehe Seite 5). Steigende Stromkosten müssen dagegen von den Betroffenen selbst getragen werden. Wer sich deswegen verschulden müsse, könne beim Jobcenter ein Darlehen bekommen. Liecke weigerte sich, »zu spekulieren«, wie sich die Inflation auswirken werde und welche Herausforderungen auf das Sozialamt zukommen können. Seine Aufgabe sei bloß, »Gesetze zu exekutieren«. ◀

Bürgermeister verschleppt Rekomunalisierung der Schulsreinigung

Damit die Neuköllner Schulen endlich ordentlich gereinigt werden, hatten im Januar 2020 über 12.500 Neuköllner:innen das Bürgerbegehren der Initiative »Schule in Not« unterschrieben. Darin wurde gefordert, dass der Bezirk die Reinigung der Schulen selbst in die Hand nehmen soll, statt Privatfirmen zu beauftragen. Im Mai 2021 beschloss die BVV, bis September 2021, unter Einbeziehung von Gewerkschaften und »Schule in Not« einen Stufenplan zu erarbeiten. Ge-

schehen ist nichts. Auch ein erneuter Beschluss des Bezirksparlaments vom Februar 2022 wird vom Bezirksamt ignoriert. Im Juni 2022 schickten Elternvertretungen und Schulleitungen von fünf Neuköllner Schulen einen gemeinsamen Brief ans Bezirksamt und forderten, die Rekomunalisierung endlich anzugehen. »Bürgermeister Hikel offenbart hier ein fragwürdiges Demokratieverständnis«, kommentiert Philipp Dehne (DIE LINKE) die Untätigkeit des Bezirksamtes. ◀

Unwürdige Posse um das Gesundheitsamt

Das Neuköllner Gesundheitsamt kommt nicht aus den Schlagzeilen. Die zuständige Stadträtin Mirjam Blumenthal (SPD) hatte im Juli dem Amtsarzt und Leiter der Behörde die Führung der Amtsgeschäfte verboten und Hausverbot erteilt. Gründe dafür dürfe sie aus Rücksicht auf das eingeleitete Verfahren nicht öffentlich machen, erklärte sie. Im September kam außerdem heraus, dass Blumenthal einen Corona-Podcast löschen ließ, in dem der Neuköllner Rapper Ali Bumaye für die Impfung warb. In einer SMS verwies sie auf einen Verwandten des Rappers, der dem kriminellen Milieu zugeordnet wird. Ein gefundenes Fressen für die CDU, die der Stadträtin nun Rassismus und Sippenhaft vorwarf. Dieser Vorwurf trifft zwar zu, ist jedoch heuchlerisch. Schließlich war es CDU-Stadtrat Falco Liecke, der im Wahlkampf 2021 gefordert hatte: »Nehmt den Clans die Kinder

weg!« In Sachen Rassismus nehmen sich CDU und SPD in Neukölln nichts. Wegen einer Erkrankung Blumenthals hat inzwischen Bürgermeister Hikel (SPD) kommissarisch die Leitung des Gesundheitsamtes übernommen. Die Behörde leidet unter massivem Personalmangel. ◀



Interview

»Die Wirtschaft muss den Menschen dienen«

Die Mitgliederversammlung der LINKEN Neukölln hat im Oktober Maya Eckes (26) und Ruben Lehnert (44) als Sprecherin und Sprecher des Bezirksverbandes im Amt bestätigt. Mit neuköllnisch haben sie über die Lage und ihre Pläne gesprochen.

■ Laut einer aktuellen Umfrage blickt mehr als die Hälfte der Bevölkerung mit Sorge in die Zukunft. Teilt ihr diese negative Sicht?

Maya Eckes: Eine Krise folgt auf die nächste. Während der Klimawandel voranschreitet, wächst mit der Inflation die Armut. Kostenlose Corona-Tests und das Neun-Euro-Ticket wurden wieder abgeschafft.

Ruben Lehnert: In Neukölln können schon jetzt viele Haushalte Miete und Nebenkosten kaum bezahlen. Nun schießen die Energiepreise durch die Decke: Strom, Gas und Sprit sind um die Hälfte teurer als vor einem Jahr. Die Bundesregierung aus SPD, Grünen und FDP versagt auf ganzer Linie.

■ Inwiefern?

Ruben Lehnert: Die Maßnahmen der Regierung sind sozial ungerecht und ökonomisch schwachsinnig. Einmalzahlungen helfen kurzfristig, aber die Preise sinken ja nicht wieder. Der geplante Gaspreisdeckel bevorzugt Villenbesitzer mit beheizbarem Pool und sichert die Gewinne der Energiekonzerne. Wirtschaftsminister Habeck (Grüne) will die Armen zwingen, Energie zu sparen. Aber Reiche und Konzerne sollen nicht durch höhere Steuern belastet werden.

■ Wodurch unterscheidet sich DIE LINKE von den anderen Parteien?

Maya Eckes: DIE LINKE stellt die Systemfrage. Wir wollen die hemmungslose Ausbeutung von Menschen und Natur zugunsten der Profite einer kleinen Minderheit beenden. Am Reichtum unserer Gesellschaft sollten alle Anteil nehmen. Das Leben sollte nicht nur bezahlbar sein, sondern sich gestalten lassen. Wir sagen: Menschen vor Profite!

Ruben Lehnert: Wir erleben jeden Tag, dass der freie Markt dabei versagt, den Be-

darf der Bevölkerung nach bezahlbaren Wohnungen und preiswerter, sauberer Energie zu befriedigen. Für DIE LINKE muss die Wirtschaft dem Menschen dienen, nicht die Menschen der Wirtschaft.

■ Was bedeutet das konkret?

Ruben Lehnert: Wir haben in Berlin die Rekommunalisierung der Wasserbetriebe und des Stromnetzes durchgesetzt. Nur DIE LINKE kämpft für die Vergesellschaftung der großen Immobilienkonzerne und für die Umsetzung des Volksentscheids »Deutsche Wohnen & Co Enteignen!«. Auch die Energiekonzerne und die Infrastruktur gehören in öffentliche Hand. Am Ende des Monats muss die Versorgung der Bevölkerung sichergestellt sein, nicht der Profit der Anteilseigner. Dafür machen wir Druck.

■ Was plant ihr für den »heißen Herbst«?

Maya Eckes: Wir suchen den Austausch mit unseren Nachbarinnen und Nachbarn in den Kiezen, beraten bei Problemen mit Jobcenter oder Vermieter, organisieren Demonstrationen und Kundgebungen und suchen die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und lokalen Initiativen. Dabei spielt immer auch der Kampf gegen die AfD und andere Nazis eine Rolle, die die Reichen und Mächtigen schonen und gegen die Schwächsten hetzen. Wir sind eine Mitgliederpartei und laden alle herzlich ein, mit uns aktiv zu werden!

Mach mit!



Gemeinsam für schönere Kieze und eine bessere Welt.
Alle Infos hier!



Unser neuer Bezirksvorstand

(V.l.n.r.) Anja Zech (Stv. Sprecherin), Luis Sanz Jardon, Carla Assmann, Susanne Steinborn, Maria Glänzel, Ruben Lehnert (Sprecher), Maya Eckes (Sprecherin), Nils Laubach, Ferat Kocak. Nicht im Bild: Barbara Heinrich, Daniel Kipka-Anton (Stv. Sprecher), Frank Obermeit (Schatzmeister), Hermann Nehls, Josie Sahner.

Bild: DIE LINKE. Neukölln



Bundesregierung entlastet Reiche und Konzerne

Bremer Experten haben nachgerechnet, wie sich das sogenannte »dritte Entlastungspaket« der Bundesregierung auswirkt: In Wahrheit handelt es sich um ein knallhartes Umverteilungsprogramm von unten nach oben.

Mit rund 65 Milliarden Euro will die Ampel-Koalition aus SPD, Grünen und FDP die Auswirkungen der hohen Preissteigerungen im Energiebereich abfedern. Einmalige Zuschüsse für Rentner:innen und Studierende, sanfte Erhöhungen von Sozialleistungen und die Senkung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen sollen der Bevölkerung über den Winter helfen.

Die Arbeitnehmerkammer Bremen hat nachgerechnet und kommt zu einem klaren Ergebnis: Ein Zwei-Personen-Haushalt mit einem Brutto-Jahreseinkommen von 200.000 Euro wird durch die Maßnahmen um rund 1.250 Euro entlastet. Bei einem Haushalt mit 40.000 Euro Jahreseinkommen sind es nur knapp 320 Euro. Am wenigsten profitieren Einkommen, die knapp über 2.000 Euro brutto im Monat liegen. In

der Summe kommen 70 Prozent der Steuerentlastung dem reichsten Drittel der Gesellschaft zugute.

DIE LINKE. Neukölln hat bereits Widerstand angekündigt. Maya Eckes, Sprecherin des Bezirksverbandes, ruft zur Beteiligung an Demonstrationen und Kundgebungen auf: »Machen wir den Herrschenden Dampf, genug ist genug!«

Daniel Kipka-Anton

DIE LINKE. NEUKÖLLN fordert:

- Gaspreisdeckel sofort
- Bundesweiter Mietendeckel
- Verbot von Strom- und Gassperren
- Vergesellschaftung der Energiekonzerne
- 9-Euro-Ticket fortsetzen
- Lohnerhöhungen überhalb des Inflationsniveaus
- Erhöhung des Hartz-IV-Regelsatzes auf 678 Euro
- Automatischer Inflationsausgleich bei Renten, Kindergeld und allen Sozialleistungen

Wie auch Erwerbstätige Unterstützung bei gestiegenen Heizkosten bekommen können

Bei gestiegenen Heizkosten können Erwerbstätige beim Jobcenter Unterstützung bekommen, auch wenn sie bislang kein Arbeitslosengeld bezogen haben. Entscheidend sind vor allem die Höhe des Haushaltseinkommens, die Höhe der Heizrechnung und der Monat der Antragstellung. Vermögen ist dagegen seit der Pandemie nicht mehr so entscheidend: Bis zu 60.000 Euro werden nicht angerechnet, eine weitere Person im Haushalt darf noch einmal bis zu 30.000 Euro an Ersparnissen miteinbringen.

Wer eine hohe Heizkostenrechnung bekommt, muss noch im selben Monat (!) einen

Antrag auf Arbeitslosengeld II beim zuständigen Jobcenter stellen. Der erste Antrag muss dabei noch nicht vollständig sein.

Bei Fragen oder Problemen mit dem Jobcenter bietet DIE LINKE. Neukölln Hilfe an:

Kostenlose Sozialrechtsberatung

Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat, 14-16 Uhr

Terminvereinbarung:

030 / 6 13 59 19

tony.pohl@die-linke-neukoelln.de



»Genug ist genug!« - Kämpferischer Auftakt für einen heißen Herbst

Über 400 Berliner:innen kamen zur Saalkundgebung nach Neukölln. Die Stimmung war euphorisch und explosiv. Gefordert wurden wirksame Maßnahmen gegen Inflation und Armut. Ein Redner wurde aber ausgebuht.

Der Saal des Oyoum in der Lucy-Lameck-Straße war zum bersten gefüllt. Das Bündnis »Genug ist genug!« hatte am 13. Oktober zur Saalkundgebung eingeladen. Zahlreiche Transparente zierten die Wände und Emporen. Beschäftigte der Berliner Stadtreinigung (BSR) hatten ein Schild aufgestellt: »Reden, Klatschen, leere Versprechen - wir haben die Schnauze voll!«

»Wir haben bewiesen, dass wir kämpfen und siegen können!«, rief Anja Voigt, Betriebsrätin am Krankenhaus Neukölln, den Anwesenden unter stürmischem Beifall zu. Das Personal hatte den Arbeitgebern in einem monatelangen Streik deutliche Zugeständnisse abgerungen. Auch BSR-Beschäftigte, Sozialarbeiter:innen und Postler:innen hielten kämpferische Reden.

Um der Verarmung entgegenzuwirken, dürfen Lohnerhöhungen nicht unter der Inflationsrate liegen. Ein Fokus der Initiative »Genug ist Genug!« liegt daher auf dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst, der im Winter neu verhandelt wird. 5,1 Millionen Beschäftigte sind betroffen. Ob Erfolg oder Niederlage: Das Ergebnis wird Signalwirkung haben, auch für andere Branchen.

Gefordert wird aber auch die Fortsetzung des Neun-Euro-Tickets, ein wirksamer Gaspreisdeckel und die Besteuerung von Krisenprofiteuren.

Daniel Kipka-Anton

Für neun Euro von den Bergen bis zur See

Drei Monate lang wurden Menschen und Klima durch das 9-Euro-Ticket spürbar entlastet. Das zeigt, was möglich ist, wenn der Wille da ist.

Das 9-Euro-Ticket hat viele Menschen in den öffentlichen Nahverkehr gezogen. Menschen, die freiwillig das Auto stehen ließen, und andere, die sich vorher Mobilität einfach nicht leisten konnten. 52 Millionen Mal wurde das günstige Nahverkehrsticket verkauft. Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen schätzt, dass dadurch 1,8 Millionen Tonnen CO₂ eingespart wurden. Ein echtes Erfolgsmodell, sowohl in Bezug auf den Klimaschutz, als auch auf die finanzielle Entlastung der Bevölkerung.

Die überfüllten Züge und Busse machten aber auch deutlich, dass der öffentliche Personenverkehr kurz vor dem Kollaps steht. Seit Jahrzehnten fehlen Investitionen in die Infrastruktur. Die Löhne von Fahrer:innen und anderen Beschäftigten sind niedrig und die Jobs wegen der hohen Arbeitsbelastung unattraktiv. In der Folge fehlt Personal.

»Die drei Monate 9-Euro-Ticket haben bewiesen, dass der Bedarf für günstige, bundesweite, klimafreundliche Mobilität riesig ist. Dafür muss auch das Verkehrsnetz ausgebaut und mehr Personal eingestellt werden«, meint auch Janine Wissler, Parteivorsitzende der LINKEN. Alleine mit der Reaktivierung von stillgelegten Bahnstrecken könnten rund drei Millionen Menschen im ländlichen Raum schnell wieder an das Nahverkehrsnetz angeschlossen werden. Wenn der Wille da wäre. ◀

Georg Frankl



Nachruf

Mit Hans-Christian Ströbele ist ein überzeugter Linker gestorben

Am 31. August ist der Kreuzberger Grünen-Politiker Hans Christian Ströbele (83) gestorben. Zeit seines Lebens war er entschiedener Kriegsgegner und Linker. Anlässlich seines Todes dokumentieren wir eine solidarische Intervention im Deutschen Bundestag.

Es ist der 26. Februar 2010: Die Fraktion der LINKEN hat während der Debatte zum Krieg in Afghanistan Schilder mit den Namen der Opfer eines Bombenangriffs hochgehalten. Bei dem Bombenabwurf am 4. September 2009 nahe der Stadt Kundus wurden 91 Zivilist:innen getötet. Befohlen wurde der Angriff von einem Oberst der Bundeswehr. Wegen der Aktion mit den Schildern wird die Linksfraktion geschlossen des Saals verwiesen. Hans-Christian Ströbele meldet sich zu Wort, um seinen Unmut über das Vorgehen des Bundestagspräsidenten zum Ausdruck zu bringen. Hier der Auszug aus dem Plenarprotokoll:

Präsident Dr. Norbert Lammert: Der Kollege Ströbele hat um eine Kurzintervention gebeten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß nicht, wie es

Ihnen geht. Ich fühle mich in dieser Situation hier und heute und jetzt mehr und mehr unwohl. Wir diskutieren hier ein ernstes Thema, nämlich die Kriegführung Deutschlands in Afghanistan. Wir wissen, dass der Deutsche Bundestag eine Entscheidung gegen die riesengroße Mehrheit der Bevölkerung fällen wird. Gegen die ganz große Mehrheit der Bevölkerung werden wieder Bundeswehrsoldaten für ein Jahr in den Krieg nach Afghanistan geschickt. Eine Fraktion im Deutschen Bundestag stellt sich hierhin und hält Schilder hoch, auf denen die Namen der Opfer der Bombardierung vom 4. September vergangenen Jahres stehen. Sie hat nicht randaliert, sie war auch nicht laut, sondern sie hat Schilder hochgehalten, auf denen die Namen der Personen, die dort Opfer gewesen sind, zu lesen gewesen sind.

(Manfred Grund (CDU/CSU): Lesen Sie mal in der Geschäftsordnung des Bundestages nach! Nehmen Sie mal die Geschäftsordnung zur Hand!)

Ich selber war mit den Kollegen in Afghanistan. Auch ich habe mit den Überlebenden und den Angehörigen der Opfer geredet. Ich stelle mir vor, in Afghanistan wird sich herumsprechen, das steht dann vielleicht in der Zeitung, dass im Deutschen Bundestag Abgeordnete, die Schilder mit Namen der Personen, die auf deutschen Befehl hin getötet

Prozess gegen Neuköllner Nazis hat begonnen

Viereinhalb Jahre sind seit den Brandanschlägen im Neuköllner Süden vergangen. Endlich stehen mehrere Verdächtige vor Gericht. Staat und Justiz beweisen erneut: Beim Kampf gegen Nazis ist auf sie kein Verlass.

Dutzende Schmierereien, Angriffe, Drohungen, lebensgefährliche Brandanschläge und mit einiger Wahrscheinlichkeit die Morde an Burak Bektaş und Luke Holland gehen auf das Konto der Nazis im Neuköllner Süden. Zum ersten Mal gibt es jetzt einen Prozess

gegen Verdächtige im Fall der Brandanschläge auf den LINKE-Politiker Ferat Kocak und den Buchhändler Heinz Ostermann. Ob es allerdings auch zu Verurteilungen kommt, ist mehr als fraglich. Die Beweislage der Staatsanwaltschaft ist dünn. Im

Vorfeld hatte zudem bereits die vorsitzende Richterin für einen weiteren Skandal gesorgt: Sie wollte Koçak nicht als Nebenkläger zulassen, weil sie seine psychischen Belastungen in der Folge des Brandanschlags nicht als ausreichend ansah. ◀

Daniel Kipka-Anton

↓ **Brandanschlag** auf das Auto des LINKE-Politikers Ferat Kocak.



Solidarität mit dem Aufstand im Iran!

Seit mehr als einen Monat wachsen die Proteste im Iran immer weiter an, obwohl die massive Polizeigewalt bereits Hunderte Demonstrierende das Leben gekostet hat.

Im Iran sind Aufstände keine Seltenheit, sie verfügen vielmehr über eine lange Geschichte. Die aktuellen Massenproteste gegen die erzkonservative Staatsführung unter Machthaber Ali Chamenei können aber einen Wendepunkt markieren, denn sie breiten sich in immer weitere Teile des Landes und der Bevölkerung aus.

Auslöser war der Mord an Jina (Mahsa) Amini. Die 22-jährigen Kurdin wurde unter dem Vorwand eines nicht ordnungsgemäß getragenen Kopftuchs festgenommen, im Gewahrsam der Sittenpolizei verprügelt und starb an den Folgen. Die Proteste ge-

gen die Frauenfeindlichkeit des Regimes mischen sich zunehmend auch mit Wut über die systematische Unterdrückung von Minderheiten wie Kurd:innen und Belutsch:innen, gegen Kor-

ruption, schlechte Versorgungslage, Inflation, Armut und andere Missstände.

Die miserable wirtschaftliche Lage ist nicht zuletzt Folge westlicher Sanktionen. Das erleichtert es dem Regime, den Ärger auf die Erzfeinde USA und Israel zu lenken. Daher sind die Forderungen nach neuen Sanktionen kritisch zu betrachten. Von der Bundesregierung fordern Aktivist:innen zudem die Durchsetzung eines bundesweiten Abschiebestopps. ◀

Barbara Heinrich

Videotipp



Aufzeichnung der Infoveranstaltung mit Mina Khani und Dastan Jasim am 25. Oktober [Facebook]

worden sind, hochgehalten haben, aus dem Saal geworfen worden sind. Ich möchte das nicht.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich finde, es wäre ein völlig falsches Signal nach Afghanistan und in die Welt, wie wir mit den Opfern von Krieg, für den wir, die Abgeordneten und Deutschland, verantwortlich sind, umgehen.

(Arnold Vaatz (CDU/CSU): Ungeheuerlich!)

Deshalb, Herr Präsident, bitte ich Sie, Ihre Entscheidung zu überprüfen. Ich möchte anregen, dass sich die Fraktionen überlegen, ob wir weiter ohne die Fraktion der Linken diskutieren, ob wir diesen Punkt der Diskussion aus unserer Debatte heraushalten wollen, wobei wir davon ausgehen, dass das, was sie getan hat, keinerlei nachhaltige Störung der Parlamentssituation gewesen ist und wahrscheinlich dem Willen und dem Wunsch einer großen Mehrheit in dieser Bevölkerung sehr nahekommt.

(Hartwig Fischer (CDU/CSU): Sie haben aus der Geschichte nichts gelernt!)

Herr Präsident, so weiter zu verhandeln, halte ich für unwürdig. ◀



Mach mit! Komm zur LINKEN Neukölln!

Basisorganisationen (BO) der LINKEN in Neukölln

Basisdemokratisches Rückgrat und Zentrum unserer Aktivitäten. Interessierte sind jederzeit willkommen! Melde dich einfach bei info@die-linke-neukoelln.de

- ▶ **BO Reuterkiez**
Treffen jeden 2. und 4. Montag im Monat von 18 bis 20 Uhr
- ▶ **BO Hermannstraße**
Treffen jeden 1., 3. und ggf. 5. Mittwoch im Monat um 19 Uhr
- ▶ **BO Sonne**
Treffen jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat um 19 Uhr
- ▶ **BO Rixdorf**
Treffen jeden 1. und 3. Dienstag im Monat um 19 Uhr
- ▶ **BO Kranoldkiez**
Treffen jeden 2. Donnerstag um 19 Uhr
- ▶ **BO Süd**
Treffen jeden 1., 3. und ggf. 5. Mittwoch im Monat um 18 Uhr
- ▶ **Linksjugend [solid] Kreuzkölln**
Treffen jeden Mittwoch um 18 Uhr

Kostenlose Mietrechtsberatung

Bei Problemen mit dem Vermieter
Jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat
14-16 Uhr

Kostenlose Sozialrechtsberatung

Bei Problemen mit Arbeitsagentur,
Jobcenter, Sozialamt, etc.
Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat
14-16 Uhr

Terminvereinbarung: 030 / 6 13 59 19
tony.pohl@die-linke-neukoelln.de

»Um ein gutes Leben für die Menschen in Neukölln zu erreichen, müssen wir uns organisieren und uns mit den Mächtigen anlegen. DIE LINKE Neukölln macht den Unterschied. Wir machen Druck mit den Menschen und für die Menschen in Neukölln. Auf der Straße, in Initiativen und im Parlament. Je mehr wir sind, desto mehr können wir erreichen.«

Aus dem »Programm für Neukölln« der LINKEN



→ Abonniere jetzt unseren **telegram-Kanal** und erhalte Einladungen zu unseren Veranstaltungen.

Themen der BO Sonne

- 16.11. Warum wurde der Volksentscheid über Chiles neue Verfassung verloren?
- 7.12. Was ist Inflation und wie soll die Linke darauf reagieren?
- 21.12. Was ist Sozialismus?

Jeweils um 19 Uhr
in der Wipperstraße 6

Themen der BO Rix

- 15.11. Austeritätspolitik: Sparen, Sparen, Sparen – aber wofür eigentlich?
- 29.11. »Ein schreiendes, nie zu entschuldigendes Unrecht.« - Die deutschen Medien und der Krieg

Jeweils um 19 Uhr
in der Wipperstraße 6

Janine Wissler kommt nach Neukölln



Do., 8. 11. 2022, ab 19.30 Uhr
Café Engels, Herrfurthstr. 21
(U Boddinstr.)